

Ercheint wöchentlich 2 mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen  
Bestellungen an:  
die Expedition, Hohe Str. 4.  
H. Debel, Peterstr. 18.  
F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 19 1/2 Sgr.  
per Quartal, per Monat 4 1/2  
Sgr., für Leipzig und Um-  
gebung per Quartal 18 Sgr.  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N.J. via Newyork

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

**Abonnements auf den „Volksstaat“**  
für den Monat September, 4<sup>1/2</sup> Silbergroschen,  
werden bei allen Postanstalten, für Leipzig bei der  
Expedition Hohestraße 4, wie Petersstraße Nr. 18,  
und bei Kolporteur Müller, für die Umgegend Leipzigs  
bei den Filialexpeditionen in Volkmarzdorf, Plag-  
witz etc. entgegengenommen.  
**Die Expedition des „Volksstaat“.**

**An die Parteigenossen!**  
Unter heutigem Datum sind an alle Vertrauensmänner  
Mandatformulare versandt worden; wo solche nicht über-  
kommen sein sollten, bitte ich zu reklamieren.  
Hamburg, den 27. August 1872.

Als Vertrauensmänner sind ernannt: für Frankenhäusen  
August Hoffelahn; für Marienberg in S. Mar Grötschel; für  
Witten Carl Wenzel; für Hohenstein-Ernstthal Louis Poszner;  
für Camenz Carl Wendt; für Dessau Friedr. Polling; für  
Charlottenburg F. Emmermacher; für Lunzenau Ernst Streane.  
Der Ausschuss.

## Das Werk von Karl Marx.

Als im Jahre 1859 die Marx'sche Schrift „Zur Kritik  
der politischen Ökonomie“ erschien, da schlummerte die deutsche  
Arbeiterbewegung, nach dem ersten und kurzen Erwachen  
in den Jahren 1848—1850 zu träumen und sozusagen unter  
der Erde zu wachen. Die wissenschaftliche That, welche Marx  
in genannter Schrift zu Gunsten der Arbeiter vollführte, ward  
nur Wenigen bemerkbar und diese Wenigen waren keine Arbeiter.  
Allein das dargelegene Pfund ward trotzdem nicht ver-  
graben. Die Verhältnisse machten sich geltend; unter dem  
Druck derselben sang der Rieser Arbeiterstand an, sich zu recken  
und zu strecken, so daß schon im Winter 1862—63 an seine  
Organisation zu selbstständiger Thätigkeit geschritten werden  
konnte. Die Lassalle'sche Schriften erschienen. Sie boten neben  
vielen selbstständigen und Genialen in vortrefflicher, populä-  
rer Sprache auch das, was Marx auf dem Tisch der Wissen-  
schaft ausgebreitet hatte.

Aber damit nicht genug. Die Wissenschaft des vierten  
Standes wuchs mit dem vierten Stande selbst. Und es konnte  
nicht anders sein, denn ein Stillstand würde Rückschritt, ein  
Bewegwerden der Leuchte der Wissenschaft aber Verzicht auf  
Fortschritt bedeuten. So geschah denn bald eine neue  
wissenschaftliche That: 1867 erschien ein zweites national-öko-  
nomisches Werk von Karl Marx, betitelt „das Kapital.“

Dieses Werk war epochemachend, trotzdem erst ein Theil  
desselben die Presse verlassen hat. Die National-Ökonomie  
erlitt durch „das Kapital“ eine Revolution, welche zwar in  
ihrer Wirkung nicht mit dem Kaiserkrönung zu vergleichen ist,  
jedoch sich in immer weiteren Kreisen unwiderstehlich einführt.  
Nur mit Widerstreben nahm die Presse des Liberal-Ökono-  
mismus Notiz von den Hieben, mit welchen Marx die Man-  
schersche Schule und was ihr verwandt ist, in seinem Buch zu  
Baaren treibt. Hier und da ließ sie sich, und dann auch nur  
flüchtig, auf eine Kritik ein, mußte es jedoch erleben, daß selbst  
auf dem volkswirtschaftlichen Kongress von 1868 der Marx-  
schen Begründung des Begriffes Geld Anerkennung zu Theil  
ward.

Der sozial-demokratischen Bewegung war durch das Marx-  
sche Werk eine mächtige Waffe in die Hand gedrückt worden.  
Nicht nur daß der Kleinbürgerliche Sozialismus, dessen Augen-  
merk vorzüglich auf Kreditexperimente — unter Verfeinerung  
des Wesens von Waare und Geld — gerichtet ist, durch dieses  
Werk den Todesstoß erhielt, es wurde auch der Blick in die  
heutige Produktionsweise geklärt und die Agitation selbst auf  
breiteren Boden, den der Gewerkschaften, hinübergeleitet. Neue  
Agitationschriften erschienen und der Born, aus dem sie alle  
mehr oder minder schöpften, zugleich dadurch diesen Born der  
Arbeiterwelt mehr und mehr zugänglich machend, war „das  
Kapital“ von Marx. Dennoch hat es verhältnismäßig lange  
gedauert, bis die erste Auflage des Buches vergriffen war.  
Daß aber der zweiten Auflage, welche vielfach gegen die erste  
verbessert und mit neuen Anmerkungen versehen ist, die besten  
Anzeichen vorausgehen, ergibt sich durch Veröffentlichung einer  
französischen und einer russischen Uebersetzung des Werkes.  
Sein Ruhm ist also schon weit über die deutschen Sprachgren-  
zen hinausgedrungen und wird notwendiger Weise noch weiter  
dringen, wenn dereinst sämtliche Theile des Werkes erschienen  
sind. Bisher liegt uns nur der erste Theil, und zwar von  
der zweiten Auflage dessen erste und zweite Lieferung vor. In  
diesem Theile ist der Produktionsprozeß des Kapitals darge-  
stellt, während der zweite Theil den Zirkulationsprozeß des  
Kapitals und die Gestaltung des Gesamtprozesses, der dritte  
Theil schließlich die Geschichte der Theorie enthalten wird.

Wenn ich nun wegen des Marx'schen Werkes zur Feder  
greife, so geschieht es keineswegs, um über dasselbe in kriti-  
schen Erörterungen mich zu ergehen, sondern um in Kürze die  
Hauptergebnisse der Marx'schen Forschungen wiederzugeben.  
Allerdings ist dies eine schwierige Aufgabe, denn die streng  
wissenschaftliche Sprache, in welcher Marx sein Buch geschrieben

hat, ist meistens schon so gedrungen, daß Kürzungen kaum  
möglich erscheinen. Allein gerade die streng wissenschaftliche  
Sprache veranlaßt mich, hier und da als Erklärer und Er-  
läuterer aufzutreten, dadurch das Studium des Buches „das  
Kapital“ nicht nur anregend, sondern auch nach Kräften för-  
dernd. Verständniß für unsere Bestrebungen zu erwecken, sei  
stets Aufgabe Aller, Aufgabe des ganzen Agitationkörpers.  
Auch ich schließe als dienendes Glied gern diesem Ganzen  
mich an.

## Schulregulatives.

Der berühmte Stiehl, einer der Anfertiger — wir  
sagen absichtlich nicht Urheber — jenes famosen Gesetzbuchs  
über die Volksverdummung, genannt Preussische Schulre-  
gulative hat, wie man nachträglich erfährt, nur einen längeren  
Urlaub, nicht seinen Abschied erhalten. Seine Absehung war  
von den national-liberalen „Realpolitikern“ — decretirt worden,  
die sich nach der bekannten Regel lucus a non lucendo\*) nur  
deshalb „Realpolitiker“ nennen, weil sie von allen „realen“ Ver-  
hältnissen abstrahiren, vermittelst der Springstange des Zwec-  
mäßigkeitsbegriffes über dieselben hinwegsetzen und mit einer  
in der That an die Kinderstube erinnernden Phantasiekrast alle  
im Weg stehenden Personen und Dinge bei Seite schieben, oder  
gar „aus der Welt schaffen“ — natürlich nur in der Phanta-  
sie. Aber mundus vult decipi, die Menschen wollen nun  
einmal betrogen sein, und so kommt es denn, daß diese späs-  
tischen Selbstbetrüger auch noch immer eine Anzahl von Leuten  
finden, die sich von ihnen betrügen lassen.

Wir wissen nicht, ob der Verurtheilung des, allerdings  
vollständig abgenutzten, Stiehl nicht schließlich doch noch dessen  
Rücktritt aus dem aktiven Staatsdienst folgen wird, aber was  
wir wissen, ist, daß der Geist Stiehl's in Preußen nach  
wie vor der herrschende ist und auch so lange der herr-  
schende bleiben wird, bis das Preußen der Herren Bismarck  
und Süßer aushört, zu existiren. Wer den geringsten Zweifel  
in dieser Beziehung hegen sollte, dem empfehlen wir den Ar-  
tikel zu lesen, welchen die amtliche „Provinzialkorrespondenz“  
anlässlich der im Juni d. J. von Herrn Falk veranstal-  
teten „Berathungen über die Volksschule“ veröffent-  
licht hat. „Die gepflogenen Erörterungen bezogen sich auf den  
Inhalt, das Ziel und die Mittel der Volksschule. Die von  
der Unterrichtsverwaltung erlassenen Bestimmungen über diese  
Gegenstände sind wesentlich in den sogenannten Schulregula-  
tiven vom 1., 2. und 3. Oktober 1864 enthalten. Eine er-  
neute Erwägung dieser Bestimmungen ist in den letzten Jah-  
ren so vielfach in Anregung gekommen, daß der jetzige Cultus-  
minister Dr. Falk diesem weit vorbereiteten Verlangen schon  
vor der in Aussicht genommenen gesetzlichen Regelung des ge-  
samten Schulwesens entgegen kommen wollte.“ — „Nach  
den Erklärungen des Ministers ist es nicht ausgeschlossen, Ab-  
änderungen (in den Schulregulativen), falls sie sich als  
notwendig erweisen sollten, eintreten zu lassen.“

So die „Provinzialkorrespondenz“, die wir im Vorstehen-  
den wörtlich citirt haben. Sehen wir nun zu, was für „Ände-  
rungen“ nach den Ansichten des „entgegenkommenden“ Hr.  
Falk und seiner Genossen in Wähler „sich als notwendig er-  
weisen“ dürften.

„Während“ so bescheidet uns die „Provinzialkorrespondenz“,  
„in gegenwärtiger Zeit grundsätzliche Auffassungen, die man seit  
Jahrzehnten für richtig gehalten, in Zweifel gezogen wer-  
den, und die veränderten (?) Beziehungen zwischen Staat und  
Kirche eine unvermeidliche Rückwirkung auf die Stellung der  
Volksschule üben, ist gleichzeitig erkennbar, daß die  
Ansichten weiter Kreise über das Volksschulwesen  
noch nicht geklärt sind.“

Es versteht sich, daß keine „Änderungen“ getroffen wer-  
den können, ehe „die Ansichten geklärt“ sind. Es galt also zu-  
nächst, die „Klärung“ herbeizuführen, und dies war der Zweck  
der Konferenzen, welche vom 11.—20. Juni zu Berlin statt-  
fanden. „Zur Theilnahme an den Beratungen waren außer  
den — näher beteiligten Mitgliedern des Unter-  
richtsministeriums, eine größere Anzahl von Schul-  
räthen und Schulmännern verschiedener Stellungen beru-  
fen worden. Außerdem waren mehrere hervorragende  
Mitglieder der Landesvertretung herangezogen, welche  
seit Jahren ein besonderes Interesse für die Fragen des  
Volksschulwesens bekundet hatten und deren Auffassung beson-  
ders im Hinblick auf den Zusammenhang des Volks-  
schulwesens mit dem gesammten staatsbürgerlichen  
Leben beachtenswerth erschienen dürfte.“ — „Den verschie-  
denen Ansichten“ (welche die da oben bezeichneten Herren nach dem  
Verze Falck's zu Tag förderten) „gestattete“ selbiger Hr. Ex-  
Falk, „den freiesten Ausdruck“, für welche gewaltige  
Gnade ihm „aus dem Schooß der Versammlung lebhafter Dank  
zu Theil ward“. Hätte er den Herren einfach erklärt: So  
und so habt Ihr zu sprechen oder — Raus halten! — dann  
wäre der Dank vermuthlich nicht „lebhaft“ gewesen, aber  
doch Dank. „Kein Standpunkt“, erfahren wir weiter,  
„sollte unvertreten bleiben“. Man bemerke das Wört-  
chen: „sollte“; es steckt darin, wie sich gleich zeigen wird, ein

recht gelungener Witz. Während der Beratungen „stellte sich  
klar genug heraus, wie weit in manchen Punkten die An-  
sichten über die Aufgaben der Volksschule ausein-  
andergehen, wie überaus schwierig es ist, das Maß der-  
jenigen Forderungen festzustellen, die dem vorhandenen Ver-  
mögen und den eigentlichen Zielen der Volksschule  
unzweifelhaft entsprechen“. Das „Unzweifelhafte“,  
welches „überaus schwierig festzustellen ist“, gehört  
ebenfalls in die Kategorie der gelungenen Witze, von denen der  
Dichter des „Gerab“ aus dem Wirthshaus kommt ich heraus“  
seinem Nachfolger im Amt und Geist (das Wort in seinem  
negativen Sinne genommen) etwelchen Vorrath hinterlassen zu  
haben scheint.

Doch betrachten wir uns die „weit auseinandergehenden“  
Ansichten der Herren Konferenzler, unter denen „kein Standpunkt  
unvertreten sein sollte“, und denen der „freieste Ausdruck gestattet“  
war. Zunächst erfahren wir, daß das „Wünschenswerthe“ einer  
„zeitgemäßen Abänderung“ der Schulregulative „von  
keiner Seite verneint wurde“. Hier ist von den „weit  
auseinandergehenden“ Ansichten noch nichts zu verspüren. Die  
Einstimmigkeit für eine „zeitgemäße Abänderung“ verliert  
vorläufig alles Wunderbare, wenn man bedenkt, daß der Ver-  
anstalter der Konferenz, Se. Exzel. Cultusminister Falk, sich  
von vornherein „unumwunden für eine Revision“ aus-  
gesprochen hatte. Doch aufgepaßt! Nun haben wir's! „Über  
den Umfang der Veränderungen machten sich mehr oder min-  
der erhebliche Meinungsverschiedenheiten geltend.“ Gewiß, die  
extremsten „Standpunkte“, die ja ebenfalls „nicht unvertreten  
sein sollten“, werden jetzt zum „freiesten Ausdruck“ gelangen!  
Lesen wir: „Die überwiegende Mehrheit hat volle  
Anerkennung für das Gute, was auf dem Boden  
der bisherigen Einrichtungen (d. h. der Schulregula-  
tive) geleistet worden ist“ und „nimmt Bedacht  
darauf, — die eigentlichen Aufgaben und Ziele  
der Volksbildung nicht in Gefahr zu setzen“. Also:  
die überwiegende Mehrheit ist für die Schulre-  
gulative, und fast folglich die „Aufgaben und Ziele  
der Volksbildung“ im Sinne der Schulregulative  
auf.

Weiter! Wir müssen doch endlich auf die „abweichen-  
den“ Ansichten stoßen. Das Thema des Religionsunter-  
richts in den Volksschulen ist auf dem Tapet. Hic Rhodus,  
hic salta. Hier oder nie kommt der revolutionäre Stand-  
punkt, der unmöglich fehlen kann, wo „kein Standpunkt unvertre-  
tet bleiben sollte“, zum eklatantesten Durchbruch. Wohlan!  
Blicken wir in die „Provinzialkorrespondenz“! „Dem Aus-  
sagen des Kultusministeriums aus dem Stunden-  
plan der Schule redete Niemand das Wort.“ Daraus  
ersehen wir, daß für den Hr. Cultusminister Falk die  
Forderung der konfessionslosen Schule nicht unter die „Stand-  
punkte“ gehört, von denen ja keiner „unvertreten bleiben sollte“.

Aber halt. Der „Niemand“ verwandelt sich durch ein  
Wunder Falk-Wähler'scher Logik plötzlich in „eine vereinzelte  
Stimme“, welche „die gänzliche Fernhaltung des Con-  
fessionalismus aus der Schule befürwortet“ —  
jedoch nachträglich erklärte, daß er „keinen „naturalistisch-ratio-  
nalistischen“ Unterricht in der Religion wolle.“ Und dieser son-  
derbare Kauz von einem Konfessionslosen fand seine heitere Er-  
gänzung in einem „anderen Redner“, welcher „einen allgemein  
gehaltenen „christlichen Religionsunterricht“ empfahl, der den  
Kindern der beiden Konfessionen durch denselben Lehrer erteilt  
werden könne.“ Befagter Schwärmer für des „erzinsamen Pfaf-  
sen Dollingerius“ neuesten Religionschwandel vertrat die Ansicht,  
daß durch den gemeinsamen Religionsunterricht die Stellung  
der Confessionen eine friedliche werden würde. Abgesehen von  
jenem Konfessionslosen, der ein Gegner des „naturalistisch-ratio-  
nalistischen“ Unterrichts in der Religion“ ist (als ob der na-  
turalistisch-rationalistische Unterricht nicht ein Unterricht gegen  
die Religion wäre, mit Nothwendigkeit zur Zerstörung der  
Religion führen müßte), und von diesem Dollinger-Anbeter (der  
keine Ahnung davon zu haben scheint, was doch auf jeder Seite  
der ersten besten Weltgeschichte zu lesen, daß Intoleranz im  
Wesen der Religion, daß der Glaube, der die Religion be-  
gründet, seiner ganzen Natur nach ausschließlich ist, und  
daß eine friedliche Stellung der Confessionen zu einander bloß  
dann möglich, wenn die Menschen es mit den Confessionen  
nicht mehr ernst nehmen, mit andern Worten: wenn die Re-  
ligion todt ist) — abgesehen von den zwei genannten Aus-  
wüchsen modernster Muster-Kultur „gingen alle übrigen  
Mitglieder der Versammlung, die sich an der Er-  
örterung beteiligten, davon aus, daß der Religions-  
unterricht auf Grundlage der Confession zuert heilen  
sei.“

Wenden die Einzelheiten zu regeln. „Auch gegen den  
Unterricht im Katechismus traten nur vereinzelte Bemerkun-  
gen hervor. Dagegen wurde von anderer Seite versichert,  
die Gemeinden verlangten, daß die Kinder möglichst  
in das Verständniß (!) des Katechismus eingeführt würden.“  
Die betreffenden Gemeinden mögen sich trösten! Die 1854er

\*) Das Ding nach seinem Gegeheil zu benennen, wie lucus  
„galt“ — a non lucendo (vom nicht Leuchten).

\* Derselbe „macht“ jetzt bekanntlich in Einigung des Protestan-  
tismus und Katholicismus, zur großen Erbauung der zahl-  
reichen „Denkerwölfe“-Fraubäsen beiderlei Geschlechts.

Regulative" haben schon das Menschmögliche geleistet, aber „möglichst" ist mehr als möglich, und Herr Falk wird, schon aus Achtung vor der Volksstimme, die ihm aus den fraglichen Gemeinden heraus an's Ohr gedrungen, sein „Möglichstes" thun, um in den neuen Regulativen ein die alten noch übertreffendes Meisterstück für „die eigentlichen Aufgaben und Ziele der Volksbildung" zu liefern, — wenn's möglich ist. „Im Uebrigen," fährt die „Provinzialkorrespondenz" fort, „herrschte Einverständnis darüber, daß Katholizismus getrieben werden müsse." Die „vereinzelt Bemerkungen" hatten demnach das „Einverständnis" nicht gehindert. — Wieder ein Wunder.

Weiter: „Gegen das Lernen von Kirchenliedern sprach sich kein Mitglied der Konferenz aus (auch der Confessionslose nicht), wenn auch über die Zahl der zu lernenden Sprüche verschiedene Meinungen zum Ausdruck kamen." Wie die „Sprüche" nach dem „wenn auch" auf die „Kirchenlieder" folgen, das ist zur Abwechslung einmal ein grammatisches Wunder. „In Betreff der auf den Religionsunterricht zu verwendenden Stunden (soll heißen: Stundenzahl) wurde von einigen Mitgliedern ein Herabgehen auf vier Stunden wöchentlich befürwortet. Dagegen hielten die meisten Stimmen die Zahl von sechs Stunden fest. Doch (es steht uns offenbar eine angenehme Ueberraschung bevor!) war die Versammlung im allgemeinen darüber einig, daß der Religionsunterricht in der Schule eingeschränkt werden könne (Herr Biedermann, schlagen Sie vor Freude einen Burzelbaum auf dem Leipziger Augustusplatz! Das tausendjährige Reich des Bismarck'schen „Liberalismus" naht!) — sobald die Kinder von den Geistlichen zur Einsegnung vorbereitet würden."

Ah! — — war das ein eiskaltes Sturzbad! „Eingeschränkt, sobald die Kinder von den Geistlichen zur Einsegnung vorbereitet werden", d. h. sobald sie die der Confirmation vorausgehende Zulage von Religionsstunden bekommen. „Eingeschränkt" höchstens in dem letzten Quartal des Schulbesuchs und nur unter der Bedingung, daß der Geistliche mit Zinsen und Zinseszinsen erbetet, was der Schulregulativmeister „eingeschränkt" hat! — „Eingeschränkt!“, „Eingeschränkt!“, „Eingeschränkt!“, Pends toi, Figaro! Hänge dich Figaro! Hängt euch ihr Redacteure der „Wespen" und des „Kladderatsch" einen so guten schlechten Wis habt ihr noch nie zu Stande gebracht!

Folgt das Schlußresumé des „Provinzialkorrespondenz"-Artikels, das wir unsern Lesern unverkürzt mittheilen müssen:

„Schon die hier ange deuteten Thatfachen legen Zeugniß dafür ab, daß die vom Kultusministerium berufene Konferenz den wichtigen, ihrer Begehung unterworfenen Fragen mit Ernst und Gewissenhaftigkeit näher (als wer oder was?) getreten ist. Das Ergebnis dieser Beratungen kann schon deshalb als ein erfreuliches gelten, weil dieselben zur Klarstellung (so heiliger Mähler!), vielfach auch zur Ausgleichung der Ansichten beigetragen und in weiteren (welchen?) Kreisen die Ueberzeugung verbreitet haben, daß die Regierung auf die Zustimmung und Unterstützung sachverständiger und einflussreicher Männer zählen darf, wenn sie an die Anordnungen in Betreff der Volksschule mit Entschlossenheit, aber mit Vorsicht die bessere Hand anlegt."

„Vorsicht ist die bessere Hälfte des Muths," sagte Falstaff, der sich zwar auch auf's Wigemachen verstand, aber dem Verfasser des „Provinzialkorrespondenz"-Artikels doch schwerlich das Wasser reichen dürfte. Nachdem wir noch im kulturhistorischen Interesse konstatirt, daß die „Provinzialkorrespondenz" ein amtliches Organ des Preussischen Ministeriums ist und von den leitenden „Intelligenzen" des „Intelligenzstaates" geschrieben wird, nachdem wir des Ferneren curiositäts halber konstatirt, daß der obige Artikel mindestens von einem Mitglied des Kultusministeriums, mit einer an Gewissenhaftigkeit grenzenden Wahrscheinlichkeit sogar vom Herrn Cultusminister Dr. Falk selbst geschrieben ist, sei in drei Worten aus diesem in zweifacher Hinsicht dunkelmännischen, für die Wirkung der alten Schulregulative das bereichende Zeugniß ablegenden Gallimathias das Facit gezogen:

Die Schulregulative des Jahres 1854 werden dem Kern nach beibehalten, mit einigen „zeitgemäßen Abänderungen" versehen, das heißt: etwas abgetragene Mantelfelle wird durch etwas frammere Bismarckerei ersetzt und das ursprüngliche Schwarz-Weiß bekommt einen dünnen Ueberzug von Schwarz-Weiß-Roth — leztere Couleur, um an das 1866 und 1870 „glorreich" vergossene Bruder- und Franzosenblut zu erinnern.

Summa summarum — „der Schulmeister von Sadowa" bleibt auf der Tagesordnung, der Schulmeister, der die Preussischen Knaben lehrt, daß Gehorsam die erste Bürgerpflicht, G-danktwerden das höchste Bürgerglück, und für den König Blut und Geld geben, ohne zu raisonniren, der größte Bürgerthum ist.

Diesen Schulmeister braucht das Bismarck-Stieber'sche Preußen; er ist ihm eine Existenzbedingung, gerade wie es die Pfaffen ihm sind, trotz Jesuitengesetz und alledem. Und wer das nicht begreift, nun, der gehört ins Jerrenhaus oder in eine nationalliberale Zeitungsredaktion.

## Politische Uebersicht.

„Ihr Begriff des Höchsten ist die Freiheit". Wessen? Die Deutschen sind natürlich nicht gemeint, denn ihr „Begriff des Höchsten" trägt abwechselnd einen Kavalleriehelm oder eine tief in die Augen fallende Militärmaske und heißt Bismarck. Nein — irgend ein beliebiges „wides", d. h. noch nicht frisch, fromm, fröhlich und knochtig gedrücktes Volk im Innern Afrika's, die von Schweinfurth „entdeckt" wurden. Was der berühmte Reisende weiter vom Freiheitsbegriffe der Monbutts sagt, stimmt allerdings besser mit unserem germanischen Wesen, „die Freiheit wird durch das Wort Noro ausgedrückt und auf die Frage, wo sie sich befindet, deuten sie nach dem Himmel." Das erinnert sehr lebhaft an die ächt deutsche „Freiheit, die ich meine", und die „am Himmelzelt wohnt", während Bismarck-Stieber auf Erden das Kommando führt. Und das Wort Noro birgt unverkennbar eine Aehnlichkeit mit Nero, der bekanntlich ein großer Kaiser war, kein deutscher zwar, doch Kaiser ist Kaiser. —

Aus der „Kaiserstadt". Die demokratischen Blätter sind entrüstet darüber, daß der Berliner Magistrat den Stadtverordneten vorschlägt, 5000 Thaler zur Beleuchtung der Stadt gelegentlich der am 7. September stattfindenden Dreikaiser-Küfferei zu bewilligen, — und das zu einer Zeit, wo sich die städtischen Behörden für inkompetent erklären, den Tausenden von Obdachlosen auch nur ein provisorisches Barackenlager zu garantiren (der Polizeipräsident von Madri hat nämlich „Baracken" bereits niederreißen lassen\*); ja, wo der funkelneulene „liberale" Oberbürgermeister (Hobrecht) einer beglückwünschenden Wohnnoth-Deputation die unvergleichlich cynische Antwort gab: der Magistrat halte es nicht für wünschenswert, daß etwas geschehe, weil dadurch der Sorglosigkeit und Bequemlichkeitsliebe nur Vorschub geleistet werden würde. Und doch ist die Illumination für Berlin am 7. Septbr. äußerst notwendig: Geseht z. B. die fürstlichen Gäste wollten neben anderen berühmten Sehenswürdigkeiten auch einmal die „Königsmauer" besuchen! Kann man die Allerhöchsten in solchem Falle in die hohle Gasse führen, wenn es darin so dunkel ist, daß sie nicht unterscheiden könnten, ob ein „Louis" oder eine Louise vor ihnen steht? Und daß Jeder, der sich in jener netten Gegend aufhält, Gefahr läuft, statt einer Louise in die Arme, einem „Louis" in die Hände zu fallen, beweist folgende Berliner Korrespondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung":

„In der Königsmauer wohnen in 40 Häusern 346 männliche und 560 weibliche Personen, zusammen 906 Männer, Weiber und Kinder; darunter befinden sich 40 bestrafte Weiber und 41 bestrafte Männer, 76 unter sittenpolizeilicher Controlle stehende prostituirte Dirnen und 54 sogenannte Louis. Diese Ziffern beziehen sich jedoch nur auf die polizeilich Angemeldeten, resp. in eigener Wohnung Angehessenen; die Zahl der unangemeldeten Dirnen, Louis und anderen Gesindel, welches in dem Gassen an der Königstraße Unterkunft findet, spottet jeder Berechnung, denn beispielsweise bei einer polizeilichen Razzia in dem mit der Königsmauer in Verbindung stehenden Hause Klosterstraße 112 allein zwei und zwanzig polizeilich nicht gemeldet. Prostituirte gefunden wurden. Und in welchem Maße die Sittenverderbnis der Eltern die nachwachsende Generation ansteckt, dafür sprechen folgende Ziffern. In die zweite Schulcommission (21. und 24. Gemeindefchule), aus der Stadtbezirken 5-8 bestehend, sind 140 Kinder aus der Königsmauer eingeschult, die — nach den amtlich erstatteten Gutachten — „in ihrer großen Mehrzahl sowohl durch ihr äußeres Erscheinen als auch durch Rohheit, unregelmäßigen Schulbesuch und Unfleiß nachtheilig auf ihre Mitschüler einwirken."

Meinen die demokratischen Blätter, von denen oben die Rede war, etwa, Berlin sei durch eine derartige Charakteristik der Zustände genügend „illuminirt", d. h. beleuchtet? —

Zwei in der letzten Woche von den Zeitungen vielbesprochene Vorfälle werfen ein recht trauriges Licht auf die bisherige Erziehung des deutschen Arbeiterstandes: die Ramin'sche Affaire, in welcher es Arbeiter duldeten, daß ein pommerischer Junker (in Schmagorow) drei seiner Schnitter ohne Weiteres über den Haufen schloß, weil sie sich weigerten, ihm ihre Erbsen abzutreten, und zweitens die Essener Scandal-scenen, zu denen sich eine Menge Menschen verleiten ließ, um gegen die Jesuiten-Austreibung Partei zu nehmen. Die Zuschauer der Ramin'schen Mordthat, die den adligen Strolch mit gesunden Knochen flüchten ließen, stehen sicherlich auf demselben Kulturstandpunkt, wie die Essener Katholiken, die im Interesse der Jesuiten sich in einen Straßenkampf mit dem Militär eingelassen haben. Der Muth Dieser ist gerade so viel werth wie die Freigiebt Jener: die Einen haben nicht gekämpft, weil sie als schweigsame Sklaven des Kapitals erzogen sind und die Andern haben gekämpft, weil sie als freisame Diener der Religion erzogen worden sind. Die Essener Straßenstandalirer würden sich von den Paters Dasselbe gefallen lassen, was die pommerischen Landarbeiter von ihrem Gutsherrn, und Diese fallen vor ihrem Pfaffen jedenfalls ebenso demüthig auf die Knie, wie Jene. Beide Vorfälle charakterisiren die nationale Erziehung, die bisher darauf gerichtet war (siehe Stiehl'sche Schulregulative!), willenlose Sklaven zu erzeugen. Die Essener Affaire beleuchtet beiläufig den Werth des Jesuitengesetzes! Bismarck hat gut „liberal" sein und Jesuiten austreiben, — nachdem ein seit Menschenaltern befolgtes System der nationalen Erziehung bereits so viel gewirkt hat, daß, wo ein Jesuit in der Kutte ausgewiesen wird, hundert ohne Kutte von dessen Geist besetzt sind. —

Die offiziellen Berliner Blätter machen hämische Anspielungen auf die Selbspeculationen Oesterreichischer Minister, namentlich der Hr. Gyel. Andrássy und Lyonay! Die Leutchen haben es allerdings standalös getrieben. Aber haben die Berliner Dffiziösen denn Minister und sonstige hohe und höchste Herren, die ihre politische Stellung zu Selbgeschäften mißbrauchen, nicht in unmittelbarer Nähe? Warum in die Ferne schweifen, und an der blauen Donau suchen, was sich an der schmutzigen Spree die Spazier auf den Dächern erzählen? So viel wir wissen, haben Andrássy und Lyonay sich noch keine 5 Millionen Thaler erworben, wie gewisse „Geniale". Aus den betreffenden Notizen ersehen wir aber, daß man in Berlin, trotz der entente cordiale, mit den Oesterreichischen Ministern nicht zufrieden ist; und daß die Herren Dffiziösen dies im jetzigen Moment, unmittelbar vor der Dreikaiserzusammenkunft verrathen, ist zum mindesten — nicht geschickt. —

Mit den ihnen eigenthümlichen Scharfblick und der sie auszeichnenden kritischen Fähigkeit schreiben die Bourgeoisblätter von einander ab:

„Statistische Erhebungen liefern folgenden interessanten Nachweis der früheren und der jetzigen Berliner Lohn- und Lebensmittelpreise. Im Jahre 1790 betrug der Arbeitslohn für Maurer- und Zimmergesellen pro Tag von früh 5 bis Abends 7 Uhr 10 Sgr., in kurzen Tagen 9 Sgr. Der Polier erhielt 11 Sgr., in kurzen Tagen 10 Sgr. Der Handlanger 5 Sgr. 6 Pf., in kurzen Tagen 5 Sgr. Dagegen kostete das Pfund Rindfleisch damals 2 Sgr., der Scheffel Roggen 1 Thlr. 14-17 Sgr und ein haubbadenes Zweigroschenbrod wog 3 Pfd. 27 Loth 3 Quentchen. — Vergleicht man diese Preise mit denen des letzten Decenniums von 1860-70, so sind die Fleischpreise seitdem in Berlin um wenigstens 200 pCt. gestiegen, denn während in den letzten Decennien der Minimalpreis des Rindfleischs pro Pfd. 6 Sgr. betrug, kostete der Centner

\*) Durch die Feuerwehr, unter Begleitung von 200 Mann Polizei, in der Nacht vom 25. zum 26. August, von 2 bis 4 Uhr, „unter Resignation der Männer, unter Besammer der Weiber und Kinder, sonst aber ungerührt", wie die „Kreuzzeitung" bezeichnend sagt!

Roggen nur 73 Sgr. oder Scheffel 58 Sgr. Gegenwärtig beträgt der Tageslohn für die obengenannten Arbeiter circa 1 Thlr. Legt man daher die Fleischpreise der Ermittlung der Lohnwerthe zu Grunde, so ergibt sich, daß der Arbeitslohn nicht gestiegen ist. Nimmt man dagegen die Roggenpreise zum Maßstabe des Arbeitslohnes, so verdiente ein Zimmer- oder Maurergeselle 1870 täglich  $\frac{1}{5}$ , gegenwärtig etwas über die Hälfte eines Scheffels Roggen."

„Nun, da's ist jedenfalls eine Notiz", — bemerkt hierzu der „Dresdener Volksbote" — „deren Verfasser die Sprache der Zahlen nicht versteht. Wahrscheinlich soll die Notiz andeuten, daß da, wo der Arbeiter täglich einen halben Scheffel Roggen verdient, die Noth noch nicht sehr groß sein kann. Der Mann bedenklich nicht, daß der halbe Scheffel Roggen nicht da erbaut wird, wo der Berliner Arbeiter seinen Lohn verdient, und daß 1790, in welchem Jahre noch keine Eisenbahnen bestanden, das Getreide in einer großen Stadt theurer sein mußte, als da, wo es producirt wurde. Der Vergleich hinkt aber um so mehr, als Brod kein vollständiges Nahrungsmittel ist, d. h. den Körper ausreichend allein zu ernähren, nicht im Stande ist, und dies muß um so mehr berücksichtigt werden, als ja der Getreidepreis noch nicht maßgebend für den Preis des Brodes ist, wie aus eben jener Notiz erhellt. Denn während von 1790 bis 1870 der Preis des Roggens nur von 44-47 Sgr. auf 58, Sgr. stieg, also etwa 30 pCt., ist der Preis des Brodes von 5 Pf. pro Pfd. auf 12 Pf., also um weit mehr als 100 pCt. gestiegen. Was aber das Brod theurer macht, das ist die Butter; Brod und Butter zusammen liefern erst einen unvollkommenen Ersatz für Fleischnahrung, und wie ist der Preis der Butter in diesem selben Zeitraum gestiegen!

„Man mag sich also getroist an die Fleischpreise halten und zunächst das Eingehändnis hinnehmen, daß „der Arbeitslohn nicht gestiegen ist." Rechnet man aber hinzu das beispiellose Steigen der Mietzpreise, denen löbliche Magistrate auch noch Miethsteuer zulegen, die größeren Entfernungen, welche eine schnellere Abnähung des theueren Schafwerks verursachen, rechnet man ferner hinzu, daß auf jeder neuen Culturstufe die Zahl der Jedem zukommenden und allgemein als notwendig erkannten Bedürfnisse sich erweitert, deren Befriedigung dem Arbeiter am Wenigsten versagt werden darf, so kann man auf Grund jener Notiz mit vollem Recht behaupten, daß der Arbeitslohn gegen früher gesunken ist."

Leipzig. Herr Generalpostdirektor Stephan hat auf unsern in Nr. 68 gerichtete Aufforderung, die Stiebereien einer Untersuchung zu unterziehen, mit der Confiscation der betreffenden Nummer geantwortet. Hoffentlich kommt es auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu einem Prozesse, der es uns ermöglicht, das von uns Behauptete durch eidliche Zeugenaussagen gerichtlich bestätigen zu lassen. Vorläufig wollen wir Herrn Stephan mit Wiedergabe eines Artikels aus dem „Boten" (Organ der Cigarrenarbeiter) vom 10. August dienen:

„Der Schutz des Briefgeheimnisses ist eine Illusion."

Am 25. d. M. erhielt ich einen Brief aus Burgtheim, der nach meiner Ansicht unverkennbare Spuren einer gemaltamen Oeffnung mittelst eines Schnittes zu tragen schien, auch war an einer andern Stelle, so schien es, der Versuch gemacht, ohne einen Keilschnitt den Brief seines Inhaltes zu entbinden.

Die Vermuthung, daß der Brief durch Jemanden geöffnet sein müsse, nachdem er aus der Hand des Adressaten gekommen, lag umomehr nahe, als in Burgtheim ein Arbeitsausfluß stattfindet und darum das Verlangen, den Bericht darüber gegen den Willen des Berichterstatters kennen zu lernen, sehr leicht Jemanden zu einer solchen Handlungsweise veranlassen konnte. Nachdem ich Rücksprache mit verschiedenen Leuten genommen, fragte ich Freitag, d. 26. Juli, Nachmittags 4 Uhr in Burgtheim per Telegramm an, ob der Brief vom Aufgeber, bevor er zur Post gegeben, nachdem er geschlossen, wieder geöffnet worden sei und bezahlte die Rückantwort. Diese Rückantwort traf erst Sonnabend, d. 27., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten mit der Beantwortung ein, der Brief sei unverletzt zur Post gegeben. Die Zeit, welche zwischen Anfrage und Antwort lag, schien mir für die Schnelligkeit der deutschen Reichstelegraphie doch gar zu wenig empfehlend, und um den blüchernen Boten des Gedankenausflusses vor der Schmach zu retten, von Berlin bis Burgtheim und zurück 22 1/2 Stunden zu brauchen, schrieb ich per express und rekommandirt den Brief jedoch durchnäht und den Faden ganz fein angehängelt nach Burgtheim, beschrieb den Zustand des Couverts zur Zeit, als es in meine Hände kam und fragte nochmals an, ob der Brief in solchem Zustande zur Post gegeben sei, aber auch gleichzeitig, wann das Telegramm dem Adressaten zu Händen gekommen und ob das Post- und Telegrammenamt in Burgtheim verbunden seien. Die Antwort war: der Brief ist unverletzt zur Post gekommen, die Post ist mit dem Telegrammenamt verbunden und die Depeche habe ich erst Sonnabend früh 10 Uhr bekommen. Am Montag fragte ich mich auf die Oberpostdirektion, um wegen mutmaßlicher Verletzung des Briefgeheimnisses durch einen Postbeamten zu denunciren. Der Herr Politath Rabe jedoch erklärte nach Anhörung meiner Klage und des Antrags auf Disziplinaruntersuchung, er habe keinen Beamten zur Hand, um meine Aussage anzunehmen und ich möchte also die Sache schriftlich einreichen.

Meine Einwendung, daß meine Zeit nicht da anreiche, Schreibe bereiten für die Postdirektion zu übernehmen, zumal es im eigenen Interesse der Postregie liegen müsse, den Vorwurf, „die Post wäre das Briefgeheimnis nicht", zu widerlegen, ward unberücksichtigt gelassen und ich erklärte, daß ich die ganze Sache durch die Presse zur öffentlichen Kenntniß bringen würde. Ein gleichgültiges Achselzucken war Alles, was ich hierdurch erlangte.

Meine Entrüstung hierüber veranlaßte mich, den Vorgang im Kreise von Bekannten zu erzählen und ein Herr Wogram erklärte, das wüßte ihn gar nicht, er habe noch viel Schlimmeres erlebt. Der Sozialist Hettlich sei nach Malmo gewandert und habe ihm von dort verschiedentlich um Werkzeuge u. geschrieben. Da habe er eines Tages einen Brief von seinem Freund Hettlich erhalten; die Adresse des Couverts habe wohl getimmt, allein die Einlage nicht, denn diese sei ein Schreiben einer Wittwe an ihren Sohn gewesen. Da sei er denn zu der Postexpedition seines Kenies, von der er den Brief erhalten, gegangen und habe angefragt, wie denn das zugehe. Man sei erstaunt gewesen und habe ihn ersucht, den Brief darzulegen, um Recherchen anstellen zu können, aber nach einigen Tagen sei der Postbetreuer zu ihm gekommen und habe mit Bedauern erklärt, der Brief sei ihm abhand gekommen.

Ich bringe dies unsern Mitgliedern zur Kenntniß, damit sie den Briefen an mich ja nicht etwa Sachen anvertrauen, welche ihnen nachtheilig sein könnten, denn die Postdirektion findet es nicht einmal der Mühe werth, ein Protokoll anzunehmen, wenn man ihre Beamten für Uebertreter der Gehege hält und Beweise dafür beibringt, daß man zu solcher Vermuthung berechtigt ist und daß trotz alledem ihr von Seiten politischer Parteien die Verletzung des Briefgeheimnisses im Interesse der Regierung zum Vorwurf gemacht wird.

J. W. Frische."

Vielleicht thut uns Herr Stephan den Gefallen, auch diese Nr. confisciren zu lassen, damit das von Frische Erzählte gerichtlich untersucht werden kann, nachdem die Postbehörden dieser unliebamen Mission sich entzogen.

**Leipzig.** Am Sonnabend wurden auf Befehl der hiesigen Staatsanwaltschaft die bekanntesten „10 Gebote im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ — die, vor Jahresfrist im „Dresdener Volksboten“ zuerst erschienen und von mehreren unserer Lokalblätter reproduziert, dann separat gedruckt, viel verbreitet sind — in der Expedition des „Volksstaat“ konfisziert. Am 29. jedoch wurde unserem Expedienten ein Beschluss des Bezirksgerichts mitgeteilt, wonach sich dieses den Anschauungen des Staatsanwalts, daß in den „10 Geboten“ der Kaiser beleidigt sei, nicht anschließen kann und die Beschlagnahme aufgehoben ist. Walster in Dresden hat bekanntlich wegen Verbreitung der „10 Gebote“ 4 Wochen Gefängnis erhalten und Carl Hirsch ihretwegen eine ständige Untersuchungshaft erlitten!

(Nachschrift.) Der Staatsanwalt will sich mit dem Beschluss des Bezirksgerichts nicht zufrieden geben, sondern trotz der Aufhebung der Konfiskation Untersuchung einleiten.

### Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Kameraden! Auf Grund ganz besonderer örtlicher Schwierigkeiten, wird unsere heutige Generalversammlung anstatt in Hof, nach endgültiger Feststellung der erforderlichen Vorbereitungen, am 28. 29. u. 30. Sept. a. c. in Meerane! Sachsen stattfinden. (Weiteres lt. demnächstiger Einladung des Lokalkomitee zu Meerane.)

**Zu Nr. 57 des „Volksstaat“ vom 14.7.** veröffentlichte Notizen, bitten wir dringend nochmals durchzulesen, wir unterlassen Wiederholung, um den Raum des Organs nicht allzusehr zu beanspruchen und heben nur noch hervor, daß die Abschnitte 6. u. 7. des erwähnten Auftrages betreffend der Delegierten und Mandate nötige Anweisungen geben. Für die Kosten der Beschickung der Generalversammlung haben die Genossen der einzelnen Stationen solidarisch einzusehen.

- Als vorläufige Tagesordnung ist zu verzeichnen:
- 1) Rechenschaftsbericht der Verwaltung und des Aufsichtsrates.
  - 2) Revision und Abänderung der Stamm-Statuten (lt. Vorlage von 8. und 9/7. a. c.)
  - 3) Rechenschaftsbericht der Krankenkassen-Sektion bez. Statutenrevision.
  - 4) Statuten-Vorlage zur Organisation der Sterbefassen-Sektion.
  - 5) Unsere Stellung zum deutschen Webers- und Manufakturarbeiter-Bund und zur Gewerkschaft Union u.
  - 6) Umtrage.

Alle Anträge, die Stammgewerkschaft betreffend, sind an Rotteck, solche die Krankenkasse betreffend, an C. Kirchhuber in Grimmitzschau Schumannplatz 757 zu richten.

Die Sterbefassen-Sektion anlangend, sind Musterstatuten zu erhalten durch Aug. Söllner, Weber, Meerane i. S. Lilienstraße 466 und auch an diese Adresse Anträge zu senden.

Die Hauptkassa-Abrechnung der Stammgewerkschaft geht denjenigen Vertrauensleuten zu, welche ihre Fragebogen z. B. eingeleitet haben, als käumig müssen wir nachfolgende öffentlich anrufen, zunächst die Stationen, denen wir bei anhaltendem Stillstehen fähig die Namen der Bevollmächtigten u. folgen lassen werden. — 42 Stationen haben geantwortet, 17 sind noch rückständig und zwar: Mülsen St. Niklas, Werban u., Gschlingen a. R., Rätzsch, Glauchau u., Rehschau, Großottersleben, Ronneburg, Magdeburg, Gotha, Arzberg bei Hof, Rowaweh, Rudwiz bei Gray, Treuen i. V., Dresden, Kuma, Grüneberg bei Grimmitzschau.

Gewerkschaften! Gebt Antwort, wie es mit diesen Stationen steht, wir müssen sie haben und verlangen von Euch Ordnung, wie man sie von uns jederzeit verlangt!

Ihr Weber des sächsischen und bayerischen Voigtlandes, müßt Euch, Meerane zu beschicken! Es gilt vor Allem, persönlich bekannt zu werden und, um dann desto vertrauensfester die Sache verteidigen zu können, zur Organisation zu treten. Genossen in Hof, auf eure Posten! — Genossen allerwärts, stellt Euch zahlreich ein, oder sendet uns Mandate. Einer weiteren Annäherung bedarf es sicher nicht, denn: Entweder wir stehen und siegen vereint, oder wir fallen und verlotterten getrennt! — In bester Erwartung sendet Gruß und Kampfgenossenschaft!

(2) 1  
f. d. Vorortverwaltung  
Rotteck z. J. I. Vorl.  
(Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Weiterverbreitung unseres Aufrufs ersucht.)

**Meerane** Kampfgenossen! Der unterzeichnete Vorstand hält es unter Bezugnahme auf den Vorort der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft erlassenen Aufruf zur Beschickung des vom 28. bis 30. September a. c. in unserer Stadt tagenden Kongresses für seine Pflicht, Sie Alle hierzu im Namen der Meeraner Gewerkschaften dringend einzuladen. Seien Sie alle uns von Herzen willkommen, gleichviel ob Sie bereits unserer Gewerkschaftsorganisation angehören, ob Sie in den Innungen alter Form oder noch unorganisiert mit uns den gleichen Kampf um's Dasein, um's tägliche Brod kämpfen.

Jeder Ort, sei er noch so klein, sei er noch so entlegen, er möge Sorge tragen, aus seiner Mitte mindestens einen Vertreter oder ein Mandat zu unserem Kongress zu entsenden. Wir reichen Ihnen schon heute im Geiste die Bruderschaft zum Willkommen, schlagen Sie ein und bringen Sie uns ein Herz von Brüderlichkeit und den festen Willen entgegen, einen Stein hinzuzusetzen zu dem Bau, dem lang ersehnten, lang erstrebten, der das Ziel unserer Wünsche, unserer Hoffnungen, unserer Kämpfe krönen soll.

Wir untererseits geben Ihnen die Versicherung, daß es unser Bestreben sein wird, die kurze Zeit, die Sie in unserer Mitte verweilen werden, so nutzbringend und angenehm als möglich zu machen.

Die Verhandlungen des Kongresses sind öffentlich, Jedermann hat Zutritt.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag für die Gewerkschaften zu Meerane

Das Lokalkomitee:  
August Söllner, Bevollmächtigter.

NB. Den Delegierten nachstehendes zur gefälligen Berücksichtigung:  
Am 28. September von Abends 8 Uhr an Versammlung in Köhlers Restauration, Grimmitzschauerstr.

Am 29. und 30. d. im Hotel zum Bayerischen Hof, Hauptversammlung (laut bekannter Tagesordnung.)

Diejenigen Delegierten, welche per Bahn ankommen, werden am Bahnhof durch angetanen Schreien feierliche Abzweignete in Empfang genommen; jene, welche zu Fuß ankommen, wollen sich in Köhler's oder in Köhner's Restauration, Martinstraße einfinden, woselbst für das Weitere Ordnung getroffen sein wird.

Jeder Delegierte muß mit beglaubigtem Mandat und Angabe der von ihm vertretenen Mitgliederzahl versehen sein und bitten wir, wenn möglich, sich einige Tage zuvor brieflich anzumelden bei August Söllner, Lilien- jetzt Poststraße 466, damit die nötigen Vorkehrungen zu Quartieren rechtzeitig getroffen werden können.

Nach machen wir darauf aufmerksam, daß das gedruckte Sterbefassen-Statut bei Herrn Aug. Haberier, Schulgasse 381, unentgeltlich gegen Einzahlung einer Francomark aus dem Jahr 1900 zu haben ist.

Im Uebrigen verweisen wir auf die Bestimmungen der Vorort-Verwaltung laut Aufruf in Nr. 57 und Nr. 69 des „Volksstaat“.

D. O.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter und Zeitschriften werden ersucht, für möglichste Weiterverbreitung vorstehenden Aufrufs ihre Spalten zu öffnen.

**Leipzig.** Glaser strikte. Die Leipziger Glasergehilfen ersuchen ihre anwärterigen Kollegen und Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß der Bezug von Leipzig noch fern gehalten werde. Die wenigen Prinzipale, welche unseren Forderungen noch nicht nachgegeben sind, hoffen noch immer, von auswärtigen Arbeitern zu bekommen; die Noth tritt in dieser Weise bald an diese Herrn heran. Wenn unsere anwärterigen Kollegen und

Freunde die Situation, in der wir uns befinden, begreifen und Arbeitskräfte von hier noch fern halten, dann sind wir im Stande, in der nächsten Zeit den Sieg unserer Glaserstrikes zu versichern. Wir hoffen, daß unsere Kollegen allerorts diesem unsern Wunsch ebenso nachkommen werden, wie sie es bisher gethan haben. Die Glaserherberge befindet sich in der Restauration von Kössig, Gerberstraße.

Die übrigen Parteiblätter werden gebeten, das Obige abzuzeichnen. Das Komitee.  
**Leipzig.** 25. August. Vorigen Sonntag verschied plötzlich, auf der Reise nach Breslau zum Verbandstag der deutschen Genossenschaften in Görlitz, Moritz Hermann, Vorsitzender des Verbands der sächsischen Konsumvereine. Hermann war in früheren Jahren auch in der Arbeiterbewegung thätig und ist vielen sächsischen Parteigenossen von daher persönlich bekannt. Obgleich er, seinen Neigungen entsprechend, sich mehr der wenig fruchtbringenden Genossenschaftsbewegung angeschlossen hatte und ihr alle seine Kräfte widmete, war er doch stets unsern Parteibestrebungen freundlich gesinnt und keineswegs — wie sonst fast alle Konsumvereiner — ein Gegner derselben. Das ist's, was uns veranlaßt, sein Hinscheiden seinen vielen Bekannten mitzutheilen.

**Leipzig.** 28. Aug. Niemand wird behaupten, daß ein Fabrikant, der in Folge des Haftpflichtgesetzes seine Arbeiter versichert, dieses thut, weil ihm das Wohl der Arbeiter am Herzen liege. Im Gegenteil, der Fabrikant, den die Konsequenzen des Haftpflichtgesetzes unter Umständen sehr empfindlich treffen können, versichert seine Arbeiter, wenn er es thut, lediglich in seinem Interesse. Um so mehr muß es uns Wunder nehmen, wenn von den Arbeitern verlangt wird, daß sie, event. auch nur einen Theil der Versicherungsprämie bedenken sollen. Nach und gewordenen Mittheilungen liegt ein solcher Fall gegenwärtig vor, indem Herr Maschinenbauarbeiter Alts in der Hospitalstraße von ihm versicherten Arbeitern von jedem Thaler wöchentlichen Verdienstes 5 Pf. in Abzug bringen wollte. Sämmtliche Arbeiter genannter Maschinenbauanstalt haben die Arbeit eingestellt, und hat es demnach den Anschein, als ob Herr Alts auf seinem Willen bestanden hat.

**Mülsen, St. Niklas,** 1. August. (Zum Kapitel der Hirsch-Dunker'schen „Harmonielehre.“) Der Webermeister Friedrich Wilhelm Frisch hatte von dem Faktor Alban Döhler in Mülsen, St. Jakob, Arbeit erhalten und von einem bekannten Kollegen erfahren, daß es für ein Stüd 5 Thlr. Lohn gebe; als er aber das erste Stüd lieferte, hatte ihm Döhler nur 4 Thlr. 10 Sgr. ausgezahlt. Darüber verunndert, richtete Frisch an die Fabrikanten Marbach und Weigel ein Schreiben, in welchem er die Frage stellte, ob die von dem Döhler gezahlten 4 Thlr. 10 Sgr. der wirklich festgesetzte Lohnsatz seien. Nach mehreren anderen gerügten Mißständen spricht Frisch zum Schluß seines Schreibens die Hoffnung aus, daß die Unternehmung gegen Döhler eingeleitet und er, Frisch, von dem Resultat benachrichtigt werde, wibrigensfalls er die Angelegenheit an die Justizstelle bringen wolle. Statt aller Antwort erhielt Frisch nach einigen Tagen durch den Faktor Döhler sein Schreiben mit folgender Randbemerkung zurück:

„An Meister Döhler zur Erledigung, da wir nur mit diesem zu thun haben. Unsere Handlungsweise hat weder den Meister Fr. W. Frisch noch die „freie Presse“ zu fürchten. — Dies mag Meister Döhler, wenn er dies überhaupt für nötig findet, dem genannten Meister sagen.“

Warbach und Weigel.  
Also mit dem Arbeiter wollen diese Herren gar nichts zu thun haben, und wenn es dem Herrn Faktor nicht paßt, so braucht er über nichts Auskunft zu geben; ob der Faktor 10 oder 20 und noch mehr Procente nimmt, ob er eigenmächtig Abzüge macht, das geht den Fabrikanten nichts an, wenn nur sein Selbst dabei voll wird. Dabei stehen aber diese kurzschichtigen Egoisten nicht ein, wie sehr sie sich in das eigene Fleisch schneiden.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß sich Faktore durch übermäßige Vermittelungsgebühren, ungeredete Abzüge, Garn- und Ruherdiebstähle zum Fabrikanten emporgeschwungen haben; diese richten sich nun mit ihren Arbeitslöhnen nach den Löhnen der Faktore am Plage. Wenn nun der unredliche Fabrikant sein Stüd nur um 15 Sgr. billiger gearbeitet bekommt als der solide, so kann er doch dasselbe bei gleichem Verdienst mindestens um eben so viel billiger verkaufen, und die Folge ist, daß auf dem Markt eine verwerthliche Konkurrenz geschaffen wird, die zwar scheinbar direkt dem soliden Fabrikanten, in der That aber dem Arbeiter nachtheilig wird, indem eben dadurch die Löhne herabgedrückt werden.

Darum Kollegen aller Orte, tretet ein für eure leidenden Kollegen auf dem Lande! Glaub nicht, daß wir euch aus Unwissenheit oder bösen Willen Konkurrenz machen. Nein! Sorgt dafür, daß die Lohnsätze auf die Maßstab kommen, und daß das leidige Faktorenwesen durch genossenschaftliche Vermittelung beseitigt werde.

Der Weberverein. J. A. der Vorl. Aug. Döhler.

**Chemnitz.** In 3 Beschreibungen ist Rosi freigesprochen worden, weil das Gericht der Behauptung des Angeklagten, daß er die incriminirten Artikel vor dem Druck nicht gelesen, Glauben beimaß. Dagegen ist Rosi wegen eines Artikels, durch welchen der Leipziger Hochgerichtspräsident Schwurgerichtspräsidenten hielten „beleidigt“ sein soll, zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. — Die Denunziation des Leipziger Bürgermeisters gegen Rosi, verjehle habe in einer Volksversammlungsbrede den Schwurgerichtspräsidenten von Müllers beleidigt, ist — wie seinerzeit eine Denunziation des Hainicher Bürgermeisters — ins Wasser gefallen. Der Herr Bürgermeister wußte nämlich vor Gericht nicht mehr genau anzugeben, wie Rosi's „verbrecherische“ Worte gelaute haben.

**Dresden,** 25. August. Gestern fand in der hiesigen Centralhalle eine, von unserer Partei einberufene Volksversammlung statt, die von circa 900—1000 Personen besucht war, und in welcher über „Die Prinzipien der Sozialdemokratie und den in Mainz abgehaltenen Kongress“ referirt wurde. Für den ersten Theil der Tagesordnung hatte Parteigenosse Hinz aus Leipzig das Referat übernommen. Es ist von unzweifelhaftem Werthe, wenn Parteigenossen aus der Ferne zu einander kommen, und öffentlich für unsere Sache wirken, wo es an einheimischen Kräften nicht fehlt, zumal, wenn durch solche Wanderpredigten constatirt wird, daß die Reinheit unserer Ideen und Lehren überall dieselbe ist. In zweistündiger Rede entwickelte Herr Hinz und zwar zur allgemeinen Zufriedenheit das Eisenacher Programm mit Bezug auf unsere sozialen Mißstände.

Ueber den zweiten Theil der Tagesordnung referirte Eckstein, und schloffen sich dessen Ausführung harmonisch an den ersten Theil der Tagesordnung an. — Parteigenossen Linke, welchem vor Kurzem die Pieder konfisziert wurden, deren Herausgeber er ist, wurde am 27. wegen der darin beanstandeten 4 Lieder eine 4 wöchentliche Gefängnisstrafe und Tragung der Kosten zuerkannt. — An demselben Tage wurde Nr. 216 des „Dresdener Volksboten“ vom vorigen Jahre konfisziert. Da aber nicht ein Exemplar dieser Nummer mehr vorhanden war, wurde eines von den bereits gebundenen Exemplaren, welche der Expedition als Beleg dienen, und in welchem die Nummer 216 enthalten ist, mit Beisatz belegt. Da bereits ein Mal dem Proteste der Expedition gegen die Konfiskation ihrer Beleg-Exemplare vom Bezirksgerichte keine Folge gegeben wurde, wird sie sich diesmal an das Justizministerium wenden, um zu erfahren, mit welchem Rechte man Geschäftsbücher wegnimmt. Im ersten Falle wurden ihr die Bücher juridisch anstandslos, nachdem die darin enthaltenen incriminirten Artikel mit Papier überklebt waren.

Weil in Nr. 189 des „Volksboten“ gesagt war, die deutschen Staatsanwälte befänden sich gegenüber der nach dem Leipziger Hochverratsprozess an sie gerichteten Aufforderung der deutschen Sozialdemokraten („An die Staatsanwälte Deutschlands“), auch gegen sie wegen hochverräterischer Bestrebungen vorzugehen“, in der Lage des bekannnten gekörnten Thieres vor dem Berge, — so ist dem „Volksboten“ — wie derselbe misdet — vom Gerichtsamt (auf Strafantrag des Justizministeriums) zugemuldet worden, diesen Vergleich mit 20 Thaler Strafe zu bezahlen. Das Dresdener Gerichtsamt kann sich auf seine Logik etwas einbilden! Wenn man von Jemandem sagt: „Er steht da wie der Ochs am Berge“, so behauptet man nicht, der Betreffende sei ein „Ochs“, sondern nur, er befinde sich rathlos, wie in einem gewissen Falle der Ochs.

**Baugen.** Die hier sitzenden Eisendreiarbeiter der Lorenz'schen Fabrik haben deswegen die Arbeit eingestellt, weil ihnen die geforderte

Lohnerhöhung 5 Sgr. pro Mille nicht bewilligt wurde. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vor Bezug zu warnen.

**Rappel,** 27. August. Gestern Abend fand hier eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Herr Rosi das Programm der sozial-demokratischen Partei erklärte. Hoffentlich werden die Statuten zu dem zu gründenden Unions-Gewerksverein bald anerkannt werden, damit es den hiesigen Arbeitern trotz dem Gewerkschaftsverbote möglich ist, sich zu organisiren. Lebhaftige Neigung hierzu zeigt sich allgemein und wir können daher eine zahlreiche Theilnahme erwarten.

(Chemn. fr. Presse.)  
**Zwickau,** 22. August. Anknüpfend an den Bericht in voriger Nummer des „Volksstaat“ theile ich noch mit, daß unsere Forderungen sammt und sonders bewilligt sind. Dieses günstige Resultat haben wir wohl dem Umstande zu danken, daß wir durch unsern Arbeits-Rachwächungsbureau für ca. 30 Mann sofort Arbeit beschaffen konnten und daß tüchtige Arbeitskräfte am hiesigen Plage überhaupt rar waren. Den Strike hatten wir ohne Geld und ohne jede Organisation begonnen, und die entstandenen Unkosten mußten erst durch Steuern gedeckt werden.

Es ist selbstverständlich, daß wir nunmehr eine Organisation schaffen werden, um allen Eventualitäten begegnen zu können. Das Komitee der Arbeitergehilfen.  
J. A. Hermann Hertel.

**Kamenz,** 18. August. Offene Erklärung gegen den anonymen Berichterstatter der „Kamenzer Wochenchrift“ über die am 10. August. in Kamenz abgehaltene Volksversammlung.

Der Bericht der „Kamenzer Wochenchrift“ lautet:

„Kamenz, 11. August. In der gestrigen, wieder sehr zahlreich besuchten Volksversammlung im goldenen Stern trat ein Herr Eckstein auf, um sich über „Religiöse Frage und Sozialdemokratie“ zu verbreiten. Er bekannte sich zunächst als Dissident, d. h. als keiner Kirchengemeinschaft angehörig, aus der er ausgetreten sei, und suchte die Gründe dazu darzulegen. Die heutige Kirche und der Glaube der „Bourgeoisie“ wurden von ihm einer scharfen Kritik unterzogen. — Der zweite Vortrag betraf, nach Ausinandersetzung der vermeintlichen Schlämmen Lage der Arbeiterwelt, einen 10stündigen Normalarbeitstag, für welchen der Redner Propaganda machte. — Rabig verlaufend, nahm die Versammlung einen erregteren Charakter an, als gegen den Schluss Herr Ortsrichter Hornhoff aus Brauna das Wort ergriff und sich entäußerte über die heut vernommene Lehre gegen Religion und Kirche ausproch. Derselbe ließ sich in Glaubenseifer allerdings etwas zur Leidenschaftlichkeit hinreißen; der unparteiische Zeuge mußte aber das darauf folgende unparlamentarische Benehmen des Vorredners Herrn Wendi sehr mißbilligen, der zwar das zweite Mal, um Herrn H. zu erwidern, den Vortrag abtrat, später aber sich dazu nicht die Mühe nahm, Herrn H. in schonungsloser Weise anzugreifen und sich selbst beleidigende Ausdrücke gegen ihn erlaubte. Schließlich widmete der Vorredner der Sozialdemokratie eine bombastische Lobrede, forderte zum Beschalten daran auf und brachte ihr ein Hoch aus.“

Das Referat erregte sich mit Ausnahme etwa eines halben Dutzend amosender echter Bourgeois, die gegen die Ausführungen des Referenten waren, des allgemeinen Beifalls, den auch viele der bürgerlichen Klasse Angehörige dem Redner nicht verjagen konnten. Der Berichterstatter der „Kamenzer Wochenchrift“ erwähnt dieses Umstandes mit keiner Silbe und kennzeichnet hierdurch am Besten den „unparteiischen Zeugen“, von welchem in dem obigen Bericht die Rede ist.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung findet der „unparteiische Zeuge“, daß ein Redner entäußert über die vernommene Lehre gegen Religion und Kirche sich in Glaubenseifer allerdings etwas zur Leidenschaftlichkeit hinreißen ließ, dafür aber vom Vorredner unparlamentarisch und beleidigend behandelt wurde! Lieber „unparteiischer“ waren Sie nicht am Plage, als der glaubensbeirrte Redner in grabezu provocirender und dabei höchst unverständlicher Weise seine Meinung der Versammlung zum Besten gab? Und was that hierauf der Vorredner? Er bedeutete dem Redner, daß, wenn derselbe in der angegebenen Art und Weise noch mehr sprechen wolle, ihm das Wort entzogen werden würde.

Gelegentlich berief der Vorredner sich auf die Versammlung, dabei bemerkend, daß die gebräut Anwesenenden zum bei weitem größten Theil intelligente Leute seien. In ganz unparlamentarischer Art und Weise und ohne uns Wort ersucht zu haben, sagte, richtiger drückte, der glaubenswüthige Redner, die ganze Versammlung besteht aus intelligenten Leuten, die sind alle intelligent u. s. w. — Waren Sie, unparteiischer Zeuge, bei dieser Scene auch anwesend? Doch ja. Sie erinnern sich ja, daß ich den Vorhof nicht an meinen Stellvertreter abgetreten habe, während ich dem immunitarischen Beginnen des Redners entgegentrat.

Ich habe den Vorhof wohl an meinen Stellvertreter abgetreten, aber ohne, wie früher, der Versammlung offiziell davon Anzeige zu ertheilen, daß ich hätte thun können. Ich erwiderte dem Redner: Ich gebe zu, daß die Versammlung aus lauter intelligenten Leuten besteht könnte, was aber ihn, den Redner anbelange, so könnte ich denselben zu den intelligenten Leuten nicht zählen!

Wenn Redner übrigens Gemeinbeordnungs und, wie ich hörte, Kirchenvorstand ist, so kann diese That von Würden bloß belastend auf sein hier berührtes Thun wirken!

Mein lieber „unparteiischer Zeuge“! Können Sie jetzt begreifen, daß Ihre Auslassungen über das Thun des Vorredners bei den angetretenen Fällen einer Verläumdung sehr ähnlich sieht?

Was die angeblich „bombastische Lobrede auf die Sozialdemokratie“ anbelangt, so können Sie dieselbe bombastisch oder sonst wie zu Ihrem Privatvergnügen nennen, das incommodirt mich nicht. Daß das von kräftigen Männerstimmen der Sozialdemokratie ausgedrachte dreifache Hoch den Odeen des „unparteiischen“ Herrn Berichterstatters nicht recht zugesagt haben mag, geben wir gern zu. Wir geben ihm aber das Versprechen, daß wir Sorge tragen werden, daß das Hoch auf die Sozialdemokratie immer kräftiger und lauter erschalle.

Karl Wendt, Vorsitzender der besagten Volksversammlung.

**Braunschweig.** Maßregelungen. Brack sind zwei Anklagen zugegangen wegen angeblicher Verletzung der Bestimmungen über Einreichung des Pflichtemplars. Es betrifft dies die am Mittwoch und Donnerstag Abend ausgegebenen Nummern: 196 und 197 des „Volksfreund“, von denen bekanntlich die letztere deswegen theilweise beschlagnahmt ist.

Der „Volksfreund“ giebt eine Zusammenstellung der jetzt gegen ihn schwebenden Prozesse und Untersuchungen, von denen die eine indess ihm bis jetzt nur durch das „Lageblatt“ bekannt geworden ist:

- 1) Nr. 178, Artikel wegen des Schreibens von Husaren an den Arbeitertag, unter „Braunschweigisches“.
- 2) Nr. 185, Leitartikel: „Fromme Sitte im Reich“.
- 3) Nr. 191, „Korrespondenzartikel aus Köthen über die Sedanfeier“.
- 4) Nr. 192, Leitartikel: „Vollstündig“.
- 5) Nr. 192, Annonce: „Einladung an die Kassen“.
- 6) Nr. 191, Leitartikel: „Zur Sedan-Feier“.
- 7) Nr. 195, Leitartikel: „Der Meyer“.
- 8) Nr. 196, Einreichung des Pflichtemplars.
- 9) Nr. 197, Einreichung des Pflichtemplars.
- 10) Nr. 198, Leitartikel: „Polizeiwirtschaft“.

Bzüglich der letzteren Nummer ist der Redaktion eine Benachrichtigung seitens des Gerichts noch nicht zugegangen. Inbezug hat ihr die Polizeidirektion bereits mitgeteilt, daß das Herzogth. Kreisgericht die Beschlagnahme derselben genehmigt habe.

Auch ist den Parteigenossen B. Brack, F. A. Luber, Aug. Geffers, G. Rüder, E. H. Müller eine Anklage zugegangen wegen angeblicher Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes durch die am 22. August abgehaltene Versammlung.

Der Grund ist folgender:

Auf Donnerstag, 22. August, Abends 8 Uhr, war nach dem Schellbach'schen Lokale eine Versammlung zusammengetreten, behufs Besprechung der zu diesem Zweck gewählten Arbeiter-Delegirten über die Sedanfeier. Diejenigen, welche die Versammlung bei der Polizei angemeldet hatten, waren die Parteigenossen Brack, Luber und Geffers. Theils durch die an jenem Abend erfolgte theilweise Beschlagnahme des „Volksfreund“, theils anderweitig verhindert, war es den Genannten nicht möglich, frühzeitig in der Versammlung zu erscheinen. In dieser waren die Herren Polizei-Assessor Otto und Polizei-Kontrollor Goetz als Abgeordnete der Polizei gegenwärtig. Vor 9 Uhr eröffnete der Metallarbeiter Müller die Versammlung im Namen der Einberuener und vertagte sie wieder bis zum Eintreffen des Referenten. Darauf ent-

fernte sich Herr Assessor Otto. Als einige Minuten nach 9 Uhr zwei Parteigenosse Brade erschienen, wurde ihm von Herrn Polizei-Kontrollleur Coers mitgeteilt: Da bis 9 Uhr keiner der Einberufenen zugegen gewesen sei, habe Herr Assessor Otto den Saal verlassen und ihm die Befehle gegeben, den Einberufenen mitzutheilen, daß wenn nun noch die Versammlung abgehalten würde, dieselbe als nicht angemeldet, und daher als ungesetzlich betrachtet werden würde. Parteigenosse Brade eröffnete darauf die Versammlung aufs Neue, machte dieselbe mit der Mittheilung des Herrn Polizei-Kontrollleure Coers bekannt und führte aus, daß das Vereinsgesetz keine Bestimmung enthalte, wonach verlangt werde, daß die Versammlung durch einen Einberufenen eröffnet werden müsse, daß noch vor 9 Uhr und in Gegenwart des Herrn Assessor Otto Müller die Versammlung im Namen der Einberufenen eröffnet habe und, daß in Folge dessen die Ansicht des Herrn Assessor Otto ein Irrthum oder auf Unkenntnis der Gesetze beruhen müsse. Darauf wurde die Versammlung abgehalten, Kähler und Müller als Vorsitzende gewählt und Herr Kontrollleur Coers blieb als Vertreter der Polizei bis zum Schluß der Versammlung.

Auf Sonnabend Abend war abermals auf dieselbe Zeit und in dasselbe Lokal eine gleiche Versammlung ausgeschrieben und bereits nicht noch weiteren, auf Montag, Mittwoch, Freitag und Sonntag der folgenden Woche beabsichtigten Versammlungen gleichzeitig mit der Donnerstags-Versammlung von den genannten Parteigenossen angemeldet worden. Als wiederum verbitzt, eher zu erscheinen, etwa halb neun Uhr oder kurz nach halb neun noch Niemand von den Einberufenen zugegen war, theilte Parteigenosse Backofen dem abermals in Begleitung des Herrn Polizei-Kontrollleure Coers erschienenen Herrn Polizei-Assessor Otto mit, daß er die Versammlung im Namen der Einberufenen eröffnen werde. Assessor Otto bezichtigte dies indess wiederholt als unzulässig. Wegen dreiviertel auf neun erschien Brade. Als derselbe in den Saal trat, war der Herr Assessor Otto eben im Begriff, sich zu entfernen. „Die Versammlung sei um 8 Uhr angemeldet und er habe keine Zeit, da so lange zu warten!“

Nunmehr eröffnete Backofen die Versammlung. Brade erhielt das Wort und referirte zunächst über die Resultate der Donnerstags-Versammlung. Beschlossen sei bereits die Abhaltung eines großen Arbeiterfestes am 1. und 2. September. Von einem öffentlichen Anzuge der Segner verlaute noch nichts und es falle damit jeder Beweggrund für uns, ebenfalls einen solchen zu machen oder uns um das Fest, die offizielle kirchliche Feier oder die ausgedehnten Fahnen und dergl. auch nur im Geringsten zu kümmern. Sollte aber dennoch ein Anzug gemacht werden, so sei wohl daran festzuhalten, daß auf Grund jener Verfassungsbestimmung, wonach alle Staatsbürger vor den Gesetzen gleich sind, ebenfalls die Genehmigung zu einem Anzuge eingeholt, und im Weigerungsfalle durch Anschließen und zweckentsprechendes Stechenbleiben oder Austreten der gegnerische Zug zu einer Demonstration für uns benutzt werde. Ob das Ausstecken von Trauerfahnen empfehlenswerth sei oder nicht, sei noch nicht entschieden worden. Das seien die Resultate der Beratungen der Donnerstags-Versammlung. Unser Auftreten bei der Sedanfeier habe aber auch eine politische Bedeutung. Die jüngsten Ereignisse hätten hiermit wahrscheinlich in engem Zusammenhang. Doppelt nothwendig sei es darum, die Hoffnung mancher Gegner auf unumkehrliche Sympathien zu machen. Zu besprechen sei besonders die Haltung des „Braunschweiger Tageblatts“. Dasselbe bringe in seiner neuesten Nummer einen neuen Angriff. Dieser Artikel zerfalle in zwei Theile. Im ersten werde die Donnerstags-Versammlung als ungesetzlich denunziert. Man sage, die Versammlung sei auf 8 Uhr anberaumt gewesen, um 9 Uhr habe sich der eine Vertreter der Polizei, Herr Assessor Otto entfernt und dem zweiten Vertreter, Herrn Kontrollleur Coers. . . .

Jetzt erhebt sich der Polizei-Assessor Otto: „Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Sedanfeier. Die jetzige Ansprache des Reducers gehört nicht dazu. Ich bitte den Vorsitzenden, dem Redner zu sagen, daß er sich an die Tagesordnung zu halten hat.“ Als Brade trotzdem behauptet, bei der Sache zu sein, wird die Versammlung aufgelöst.

**Braunschweig.** Die hiesigen Parteigenossen werden am 2. September eine Anti-Sedanfeier begehen.

**Hamburg-Altona.** 21. August. Der Ausschluß und Strike der hiesigen Formier ist nach 15-wöchentlicher Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet.

**Vom Rhein.** (Auch ein Fortschritt.) Vielleicht erinnert man sich noch, daß die Eisenbahnwagen IV. Klasse schon 1840 bei uns am Rhein eingeführt waren. Inzwischen, in der damaligen Kinderzeit der Bourgeoisperiode, hatte man noch nicht so entschieden mit der Menschlichkeit brechen mögen und alsbald wieder diese Stiehwagenklasse als unmenslich eingehen lassen. Jetzt sind wir in der Jünglingsperiode der Bourgeoisperiode und das Gewissen schlägt ruhiger bei Verübung von Unmenslichkeiten.

Der „Kulturstaat“ Preußen an der Spitze unseres „Fortschritts“, hat nun seit kurzen wieder die IV. Klasse (Stiehwagen) mit dem Erwerb der Taunusbahn bei uns eingeführt. An Gründen fehlt es der gesinnungslosen Presse nicht, gleichzeitig par Ordre du Ministre allerlei Wohlthaten anzuführen, die dadurch dem die IV. Klasse benutzende Publikum geboten würden. Und dem Kurzsichtigen, deren es leider sehr viele giebt, erscheinen diese angeführten Wohlthaten auch alle ganz sichhaltig. Was rath sich aber der Menschenfreund und fragt, hat denn nun eigentlich die große Klasse des Volkes von all dem Nationalreichthum und der Industriebüchse, wenn sie 1872 unmenslich behandelt wird als 1842, und wie uns die Plätter melden, so massenhaft, namentlich in Norddeutschland die Wagen IV. Klasse benutzt, daß man deshalb auf Norddeutschen Bahnen an Vermehrung der IV. Klasse-Dagen denkt?

Gleichfalls einen „Fortschritt“ muß man es nennen, daß der genannte „Kulturstaat“ Preußen, seitdem er die Taunusbahn aquirirt hat, das bei uns landläufige Geld, die bairischen, württembergischen und bayerischen Papiermünzen-Scheine an seinen Eisenbahnen nicht mehr honorirt, trotz seiner bundesstaatlichen „Deutschen Einheit“, die die gesinnungslose Presse so verbreitert. Ist er nicht des Besingens werth, dieser deutsch-einheitliche „Fortschritt“?

**Berlin.** 28. August. Bereits in voriger Nummer ist des Strikes der 2000 Arbeiter der Pflug'schen Eisenbahnwagenfabrik Erwähnung geschehen. Am Dienstag vor 8 Tagen hielten die Arbeiter besagter Fabrik eine Versammlung ab, in der ein Schreiben des Direktors (Abgeordneter) v. Unruh zur Vorlesung kam, welches mittheilte, daß eine Versammlung der Maschinenfabrikanten beschlossen habe, unter Zuziehung von drei Arbeiter-Deputirten durch eine Kommission untersuchen zu lassen, ob der Strike ein gerechtfertigter sei oder nicht. Die Versammlung beschloß hierauf, das händige Komitee (Siehe uge, S. 10) und die Arbeiter mit dieser Angelegenheit zu betrauen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß dem Komitee anonym mitgeteilt worden sei, daß am Montag Abend im Vorjag'schen Saale eine Versammlung der hiesigen Besitzer und Direktoren der Fabriken tagte, welche beschloß, sich durch Einsicht in die Geschäftsbücher der Pflug'schen Fabrik zu überzeugen, ob die Angaben des Direktors v. Unruh auf Wahrheit beruhen. Bekanntlich hatte Herr von Unruh die von den Arbeitern geforderte Aufbesserung der Löhne unter dem Vorgeben abgelehnt, daß dadurch nach angelegelter Berechnung die Dividende geschmälert werde. Nach ihm betrug im Jahre 1871 die Dividende nebst Restbestand 157,329 Thlr., die 20% Lohnerhöhung würde aber die Summe von circa 165,000 Thaler ergeben, bei Verwilligung der Lohnforderung müsse das Geschäft daher mit Verlust arbeiten. In der That vergift aber Herr v. Unruh in seinem Geschäftsbericht zu dem Reingewinn zuzurechnen: eine 5% Fünftel des Verwaltungsvertrags = 8291 Thlr., den Beamteneinstellungslohn = 2000 Thlr., und was die Hauptsache ist, den Ueberschuß des Werthes der unvollendeten Arbeiten, welche von 1871 auf Rechnung des Jahres 1872 gesetzt wurden über 1. ne, welche von 1870 ins Jahr 1871 übernommen wurden im Betrage von 69,032 Thlrn. Man sieht, Herr v. Unruh nimmt es mit den Zahlen nicht so genau.

Aber was gehen auch den Direktor einer Aktiengesellschaft die Arbeiter an? Dividende! Dividende! das ist die Hauptsache.

Zum Ueberflus sollen die Herren Besitzer und Direktoren der Fabriken beschließen haben, für den Fall, daß die Angaben des Herrn v. Unruh auf Wahrheit beruhen sollten, ihre Arbeiter durch Namensunterzeichnung zu verpflichten die streikenden Arbeiter der Pflug'schen Fabrik nicht zu unterstützen bei Anbahnung der sofortigen Entlassung und Nichtbeschäftigung innerhalb des nächsten Jahres.

**Spandan.** 23. August. Ueber die hiesige, von der „Demokratischen Zeitung“ schon behandelte Affäre mit dem Festungskomman-

danten habe ich noch folgendes nachzutragen: Nachdem die Partei am hiesigen Orte wenn auch langsam, aber doch im steten Wachsen begriffen war, wurde uns auf einmal vom Restaurateur Schulz angezündigt, wir könnten bei ihm nicht mehr tagen, indem sonst sein Militär bei ihm verkehren dürfe. Wir gingen dann zu Klufow, bei dem wir früher meist tagten, und von dem wir nur deshalb fortgezogen waren, weil sein Lokal, obgleich das beste und geräumigste, etwas zu entfernt liegt. Herr Klufow eröffnete uns aber ebenfalls, daß er uns seinen Saal nicht mehr geben könne, da sonst dem Militär der Besuch seines Lokales durch den Kommandanten verboten werden würde, und war auch bereits schon beim Appell Befehl erteilt, dieses Lokal zu meiden. Schulze sowohl als Klufow waren persönlich beim Kommandanten vorstellig geworden, doch half aber Alles nichts. Dem Letzteren jagte der Kommandant mündlich: „Wenn Sie von Sozialdemokraten Geld nehmen, können Sie kein Geld von Soldaten nehmen!“ Auf die Erwiderung, daß er doch die schweren Steuern bezahle müsse, herrschte ihn der Herr Kommandant von Spandan an: „Das geht mich nichts an. Nun berichtete ich zunächst an Kaiser nach Berlin, und die „Demokratische Zeitung“ besprach denn auch bald darauf die Sache. Meinem Prinzipal übergab ich ein Exemplar obiger Zeitung und schrieb dieser nunmehr an den Kommandanten, um von dem die Wahrheit zu erfahren. Der Kommandant antwortete, daß dem Militär nur das Klufow'sche Lokal verboten sei, und zwar weil dasselbst zu wiederholten Malen Schlägerei stattgefunden, „im Uebrigen kümmere er sich um Andere Sachen nicht.“ Da ich nun wußte, wie die Sachen liegen, erging von mir eine Erklärung im Namen meiner Parteigenossen, worauf auch bis jetzt nichts weiter erfolgt ist. Nächsten Montag versammeln wir uns wieder bei Klufow, und zwar als eine „Allgemeine Arbeiter-Versammlung.“ Wir werden Alle auf dem Platz sein und sehen, wie die Sache verlaufen wird.

**Danzig.** 25. August. Die in No. 68 des „Volksstaat“ enthaltene Angabe, daß die Schiffswerkarbeiter beschlossen hätten, für jede weitere Strikewoche die tägliche Lohnforderung um 1 Sgr. zu erhöhen, ist ungenau. Es ist kein diesbezüglicher Beschluß gefaßt, es äußerte sich nur ein Redner in diesem Sinne.

Im Laufe dieser Woche wurde das Gerücht verbreitet, die Werftarbeiter hätten den nach der Hauptwerkzeuge führenden Telegraph zerstört und die Absicht gehegt, die Staatswerst in Brand zu stecken. Später stellte es sich aber heraus, daß Leute, die mit Feinden beim Herausziehen von Bauhölzern beschäftigt waren, der Telegraphenleitung zu nahe gekommen waren und diese umgerissen hatten. Trophem wurde die dortige Wache verdoppelt und mit scharfen Patronen versehen.

In einer Anwandlung von Gorgefäß, zumeist aber wohl, um etwaigen Unbilligkeiten auszuweichen, haben die Unterwerflichen der Staatswerst auf Beurteilung angezogen.

An eine baldige Beendigung des Strikes ist noch nicht zu denken. Wenn die Staatswerst auch die Forderungen bewilligen wollte, so hindern sie doch daran die Privatwerst, welche zu viel Einsitz bei der Regierung haben. Einer der Herren soll geäußert haben, er werde nicht eher arbeiten lassen, bis die Arbeiter von den Fingern das Fleisch genagt hätten.

Der Herr Staatsanwalt hat in voriger Woche bei drei Comitémitgliedern hausdurch lassen, und eines derselben drei Stunden lang unter Wache gestellt. Diese Maßnahmen lassen darauf schließen, daß man die Streikenden zu einer Demonstration vorziehen möchte, um dann „Staatsretterisch“ einschreiten zu können. Wie es heißt, wird das Militär nicht zum Marsch ausrücken. Die Zahl der Streikenden beträgt angeblich an die 6000.

Trotzdem die Arbeiter jetzt in der Bewegung sind, hält es doch schwer, sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Gewerksvereine haben zu festen Boden gefaßt, und darf in denselben über Politik und über die eigentliche Lage der Arbeiter wenig gesprochen werden.

Mit Gruß v. Martienssen.

**Abrechnung vom Altonaer Tischler-Strike.**

Von Auswärts eingegangene Gelder. Londen durch Wesler 2 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. Rostock durch Wiener 2 Thlr. Neu-Yenburger durch Kunzelmann 2 Thlr. 17 Sgr. 1 Pf. Heide durch Lorenz 4 Thlr. Reidsburg durch Walter 6 Thlr. 18 Sgr. Kiel durch Kling 10 Thlr. Friedrichstadt 1 Thlr. 15 Sgr. Wandsbeck 8 Thlr. 15 Sgr. Bromberg durch Gronau 4 Thlr. Magdeburg durch Siems 11 Thlr. Rindberg durch Goh 3 Thlr. 12 Sgr. 10 Pf. Dönsbrück durch Ortwein 9 Thlr. 15 Sgr. Dejsau durch Heinson 5 Thlr. 10 Sgr. Heidelberg durch Daub 7 Thlr. 5 Sgr. Karlsruhe durch Fleischmann 17 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. Hannover durch Fuchsheim 8 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. Leipzig durch Winter 10 Thlr., Sect. der Böttcher 3 Thlr., durch Hahlisch 1 Thlr. 7 Sgr., durch Schrader 22 Sgr. 1 Pf. Bayreuth 17 Thlr. 12 Sgr. Göln durch Krüll 7 Thlr. 16 Sgr. Stade durch Wildstadt 4 Thlr. Händerwalde Dorf. d. selbst Otto. 5 Thlr. Berlin durch Buschan 50 Thlr. Rostock durch Michels 4 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Braunschweig durch Dietrichs 5 Thlr. 10 Sgr. Deutz durch Garmann 6 Thlr. 20 Sgr. Wiesbaden durch Stad 5 Thlr. Spandau durch Münchau 5 Thlr. 27 Sgr. Karlsruhe durch Fleischmann 2 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. Berden durch Hof 6 Thlr. 10 Sgr. Postenwein durch Müller 22 Sgr. Ditzholz durch Kante 1 Thlr. 3 Sgr. Chemnitz 1 Thlr. 12 Sgr. Kiel durch Schulz 7 Thlr. 15 Sgr. Summa 249 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf.

In Altona selbst aufgebracht: Bereits vorhandener Fond zur Durchführung der 10 stündigen Arbeitszeit 22 Thlr. 18 Sgr. Auf Lisen gesammelt 43 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. In Versammlungen eingenommen 16 Thlr. 9 Sgr. Durch Steuern der wieder in Arbeit getretenen Gesellen aufgebracht 230 Thlr. 13 Sgr. Summa 312 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. Insgesamt Ausgabe 507 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf. Uebrig Bestand 54 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf.

**Ausgabe.** Für Annoncen 16 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. Druck von Plakaten und Anzeigen derselben 3 Thlr. 9 Sgr. Desgleichen Ausbringen von Versammlungs-Anzeigen 1 Thlr. 3 Sgr. Porto-Auslagen für Briefe und Streifenbänder 8 Thlr. 23 Sgr. 10 Pf. Desgleichen für Plakate 2 Thlr. 3 Pf. Telegramm 10 Sgr. Schreibmaterialien, Couverts u. s. Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. Verschiedene kleine Auslagen 28 Sgr. 6 Pf. Zehrgeld an durchreisende Gesellen 2 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. Für 3 Inhabitäre Unternehmung und Gerichtskosten 32 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. Für Druckkosten 24 Thlr. 3 Sgr. Durch Post verwendete 10 Thlr. Buchbinderarbeit 2 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. Das von Wandsbeck und Magdeburg eingekaufte Geld an Hamburg abgeliefert im Betrage von 10 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf. locale Ausgaben in Summa 116 Thlr. 28 Sgr. 11 Pf. An Strike-Unterstützungen 330 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. Gesamtausgabe 507 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf. Kassenbestand 54 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf. Davon bestimmt für die Streikenden in Dresden 10 Thlr. Desgleichen für die Streikenden in Jorkan 10 Thlr. Für einen während des Strikes Verunglückten 10 Thlr. Summa 30 Thlr. Uebrig Bestand 24 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf., wovon noch zu decken Druck und Porto für zu versendende Abrechnung, so daß ungefähr der bei Beginn des Strikes vorhandene Fond zu weiterer Disposition verbleibt.

Allen Freunden und Gewerksgenossen für freundliche Unterstützung unsern besten Dank.

\*) 4 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. für Hamburg bestimmt.

\*\*) 5 Thlr. 15 Sgr. für Hamburg bestimmt.

H. Eren und G. Somann, Cassirer.

Die Richtigkeit obiger Abrechnung bescheinigen: B. Köhler, G. Gehrs, R. Hubert, R. Ketelsen, G. Rinke, C. Pelzmund, Residoren.

**Auf zum Mainzer Congreß!**

Am 7., 8. und 9. September findet der diesjährige Parteicongreß in unsern Rauten — in dem Lokale des „Heiligen Geiß“ — statt.

Parteigenossen aller Orte, wie erwartet, daß eure Delegirten recht zahlreich erscheinen werden.

Gemäß der altbekannten Basisentscheidung der hiesigen Bevölkerung wollen auch wir, das Proletariat des goldenen Mainz, Euch den Vertretern des Proletariats bieten, was in unsern Kräften liegt.

Wir bitten deshalb, daß die Delegirten sofort nach erfolgter Wahl sich bei unserem Vollkommene anmelden, oder mindestens in „Volksstaat“ Notiz davon geben, damit wir für eine genügende Anzahl Quartiere sorgen können.

Alle den Congreß betreffenden Anmeldungen, und Anfragen sind an Unterzeichneten zu richten.

Mainz. Das Lokal-Komitee. J. A. J. Leyendecker, Ehrenstr. 15.

**Zum Congreß.**

Das Empfangslokal für die Delegirten und den Congreß besuchende auswärtige Parteigenossen ist im Gasthaus zur „Alten Krone am „Brand“, und werden die Delegirten ersucht, sofort nach ihrem Eintreffen sich dahin zu begeben.

Außerdem werden an rothen Schleifen kenntliche Komiteemitglieder die Delegirten an den Bahnhöfen erwarten. Das Lokal-Komitee (3) 2 Mainz. J. Leyendecker.

**Zur Notiz.**

Die Adresse des Parteikasirers kann eke, an den allein die Geldsendungen zu richten sind, ist: Kleiner Schüttenkamp 31.

**Briefkasten**

der Expedition: Walz in Cassel; Demokr. Wochenblatt nicht mehr zu haben. Bedert in Stollberg f. Schrift, 2 Thlr.; Müller in Reichenbach i/S. habe den Thaler f. Schrift. erhalten; Höder in Reudorf f. Schrift, 3 Thlr. 25/2, Gr.; Arb.-Ver. Altona f. Annonce 19 Gr.; Arb.-Partei Bremen f. Annoncen 12 Gr.; Joch in Hannover f. Schrift, 11 Thlr.; Schubert in Kirchbach; der Betrag von 1 Thlr. für gefandte Volksfrage wurde an den Parteikasirer nach Hamburg abgeliefert. Sorge Hoboken: Untern 8. Juni 100 Thlr. richtig erhalten, Adresse im Brief vom vorigen Monat R. v. S. R. Mittelst 17 Gr. erh. Frau in Schwab. Gmünd f. Abonn. 3. Qu. 6 Thlr. Loth in Waldenburg f. Schriften 3 Gr. Dr. Roscher in Jittau f. Schriften 3 Gr. Altmoss in München f. Schriften 27/2, Gr. Gente in Wien 1 Thlr. Ritsch in Nahr. Schönberg f. Abonn. 17 Gr.

der Redaktion: G. Kalbreier in Cassel; dem Ausschuß übersandt. — R. in Mannheim; wir bitten um ihren Namen: anonyme Zusendungen können nicht berücksichtigt werden. — Peinig; der Antrag zu vor dem Ausschuß übersandt. R. in Leisnig; Wird verwendet. Dresden, München; in nächster Nummer. Bl. in Dr.: Wenn Sie es beantworten können, ja.

**Für politisch Gemäßigete.**

Von Höder in Reudorf 10 Gr.

**Für Leipzig.**

Zur Feier des guten Montags des Buchbindervereins, im Apollosaal, den 2. September, ladet alle Kollegen und Freunde freundlichst ein

**der Buchbinderverein.**

**Für Leipzig.**

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**

Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr Versammlung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Bevollmächtigte.

**Internationale Metallarbeitergewerkschaft für Leipzig und Umgegend.**

Montag, Abends 8 Uhr

**Versammlung**

in der Restauration von G. Arnold, Reudnitzerstr. 10.

Tagesordnung: Fabrik-Ordnung.

**Leipzig.**

Der Fremden-Besitzer der **Stelmacher** befindet sich von heute an in der Restauration von **Vandgraf**, Windmühlenstraße Nr. 1.

**Einladung zum Stiftungsfest**

des

**Volksvereins zu Meerane.**

Sonntag, den 1. Sept., Nachmittag 4 Uhr

in den Räumlichkeiten des **Bairischen Hofes.**

Die Festrede gehalten von einem der tüchtigsten Parteigenossen.

Alle Freunde und Gesinnungsgenossen, welche den Zweck dieses Festes kennen, laden wir hierdurch zur Theilnahme freundlichst ein.

Entree 1 Ngr. Köstliche Corporationen mögen der Ordnung halber ihre Festzeiten zur geeigneten Zeit von hier beziehen.

Meerane, den 14. August. (4) 4 Der Vorstand.

**Für Eisenach.**

Sonnabend, den 7. September wird das **Stiftungsfest** des Volksvereins im Lokale der goldenen Sonne gefeiert.

**Programm:** Festrede, Ball, Anfang Abends acht Uhr. Sonntag Auszug nach der Wartburg und Umgebung.

Parteigenossen von Nah und Fern sind freundlichst eingeladen.

Der Unterzeichnete nimmt Anmeldungen entgegen.

J. A. Richard Barowski, nterstr. 98.

**Für Breslau.**

**Sozial-demokratische Arbeiterpartei.**

Montag, den 2. September, Abends 8 Uhr

**geschlossene Mitglieder-Versammlung**

im hinteren Lokale des „weißen Engel“, Kupferstraße 11.

Bei der Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Die Karten sind vorzulegen. D. Dehme.

**Für Schwab. Gmünd.**

Es wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht: Alle im „Volksstaat“ empfohlenen Schriften und Phlogographien sind bei der Filial-Expedition Gmünd zu haben; ebenso werden Monatsabonnements angenommen.

Der Kassirer Friedrich Braun wohnt Spitalgasse Nr. 17.

Die Filial-Expedition ist bei Franz Wilhelm.

**Für Hamburg.**

**Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.**

**Versammlung**, am Montag, d. 2. September, Abends 9 Uhr,

in Oberbahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung: 1. Sozial-politischer Wochenbericht. Ref.: Wall.

2. Das Programm der sozial-demokr. Arbeiterpartei. Ref.: Geid.

Gäste haben Zutritt.

Soeden: erschien in II. Auflage und ist durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen:

**Marx „Kapital“**

zweite Lieferung.

Preis per Lieferung 10 Ngr. Vollständig in 9 Lieferungen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Ebenso kann bezogen werden:

die dritte Lieferung

**Am Webstuhl der Zeit**

Soz. Roman von Dr. Otto Walter, jede Lieferung 2 Ngr.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Im Selbstverlage des Verfassers ist (soeben erschienen):

**Sozial-demokratische Abhandlungen.**

Von

R. Rittinghausen.

Künftiges Heft: **Widerlegung der gegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk gerichteten Einwürfe.**

Gegen portofreie Einfindung von 6 Sgr. 8 Pf. (in Briefmarken) erhält man das Heft franco unter Kreuzband.

Adr. Rittinghausen in Köln, Gereonstraße 36. (4) 3\*

**Die Filial-Expeditionen,**

welche mit Abonnementgeld für II. Quartal ganz oder theilweise noch im Rückstande sind, werden aufgefordert, bis 4. September diese Beträge einzulösen, ebenso auch den Betrag für bis 1. August bezogene Schriften. Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Verantw. Redakteur J. Meißner, Redaktion u. Expedition Hohestr. 4; Druck u. Verlag v. F. Thieme.